

Begegnung dreier Seniorenverbände in Bozen

Resolution mit Forderung nach „Europäischem Seniorengesetz“ beschlossen

Nach Passau und Wien fand am 20./21. Oktober 2009 in Bozen der dritte Kongress der Seniorenverbände von Österreich (ÖSB), Bayern (CSU-Senioren Union) und Südtirol (SVP-Seniorenbewegung) statt. Ergebnis der gemeinsamen Vorstandssitzung ist eine Resolution „Senioren heute: Zukunft sichern und Leben gestalten“.

Sie enthält zehn Forderungen zur zukünftigen Stellung der älteren Generation in unserer Gesellschaft, die Anliegen der ESU aufnehmen und weiterführen. (Wortlaut siehe unten.)

Zu den Leitlinien gehört eine nachhaltige Politik in den Bereichen Energie und Umwelt für unsere Nachkommen. Im Sinne unserer Kinder und Enkel ist auch die zukunftsfähige Ausgestaltung des Pensions-, Gesundheits- und Pflegesystems. Einige EU-Länder haben es uns schon voraus :die kostenlose Benutzung von Verkehrsmitteln ab 70 Jahre und den freien Zutritt zu Museen. Zu den Forderungen gehört des weiteren, die Zuwanderung nach Europa mit einem Bekenntnis zu unserer Leitkultur zu verbinden.

Im informativen Teil des Besuchs in Südtirols Metropole begrüßte Landeshauptmann Dr. Luis Durnwalder die Delegation der drei ESU-Mitgliedsorganisationen aus Italien, Österreich und Bayern im Felsenkeller der Gutsverwaltung Laimburg zu einer Degustation von Weinen des landwirtschaftlichen Versuchszentrums. Zum Abschluss empfing der Bozener Vertreter der SVP im Landtag der Autonomen Provinz.

Elke Garczyk (CSU-Senioren Union)

Resolution der Seniorenorganisationen der EU-Alpenländer „Senioren heute: Zukunft sichern & Leben gestalten“

**Die Erklärung der Vorstände der SVP-Seniorenbewegung,
Senioren-Union der CSU in Bayern und des Österreichischen Seniorenbundes
am 21. Oktober 2009 in Bozen hat folgenden Wortlaut:**

Im Rahmen der gemeinsamen Sitzung ihrer Vorstände am 21. Oktober 2009 in Bozen erklären die Vorstände der SVP-Seniorenbewegung, der Senioren-Union der CSU in Bayern und des Österreichischen Seniorenbundes die gemeinsamen seniorenpolitischen Positionen, die nach den Grundwerten unserer christlich geprägten Leitkultur gestaltet sind:

1) Ausbau und Verstärkung des Generationendialogs

Nur durch ein Miteinander, durch gegenseitigen Respekt und Verständnis kann eine menschenwürdige Zukunft der Gesellschaft geschaffen werden. Generationengerechtigkeit muss das zentrale Ziel unseres Handelns sein. Der Generationenvertrag als politische Leitidee ist voll wirksam, er hat sich in Zeiten der Krise bewährt und ist lebendiger denn je. Im Sinne der Nachhaltigkeit unserer Wirtschaft müssen Antworten auf die Herausforderungen der Zukunft wie zum Beispiel in den Bereichen der Energie und Umwelt gegeben werden.

2) Soziale Sicherheit

Pensions-, Gesundheits- und Pflegesysteme sind langfristig und nachhaltig im Interesse von Jung und Alt abzusichern. Renten/Pensionen sind in ihrem Wert zu erhalten; der uneingeschränkte Zugang zu allen Leistungen von Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen ist - unabhängig vom Alter - zu gewährleisten. Pflege und Betreuung haben Teil des umfassenden Systems des gesundheitlichen Systems zu sein.

3) Recht auf Bildung

Allen Generationen ist der uneingeschränkte Zugang zu Bildungseinrichtungen auf allen Ebenen zu gewähren. Bei der jüngeren Generation ist besonders auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu achten. Lebensbegleitendes Lernen muss zur Selbstverständlichkeit werden.

4) Kunst und Kultur

Kunst und Kultur sind für die Seniorinnen und Senioren von großer Bedeutung, Museen sind hierbei ein wichtiger gesellschaftspolitischer Faktor. Wir treten daher für den kostenlosen Besuch von öffentlichen Museen für alle Seniorinnen und Senioren und für Jugendliche unter 19 Jahre ein.

5) Förderung der Mobilität

Allen Seniorinnen und Senioren ab 70 Jahren soll - wie bereits in Südtirol verwirklicht - Freifahrt auf allen öffentlichen Verkehrsmitteln gewährt werden. Auch andere Länder (z.B. Ungarn - ab 65) und Städte (z.B. London - ab 60) haben bereits ähnliche Regelungen.

6) Schluss mit Diskriminierungen

Altersgrenzen in Beruf und Politik sind zu beseitigen; es muss im Ermessen der Betroffenen liegen, inwieweit sie über das gesetzliche Renten-/Pensionsalter hinaus ihrem Beruf nachgehen möchten. Wir setzen uns für die konsequente Umsetzung des im Lissabon-Vertrag verankerten Verbotes der Altersdiskriminierung ein. Wir schützen die Würde des Menschen und treten im Gegensatz strikt gegen die Forderung nach aktiver Sterbehilfe ein; hingegen für den Ausbau der Palliativmedizin und die Förderung des Hospizwesens.

7) Nachhaltigkeit und Solidarität sichern die Zukunft aller Generationen

Die Seniorenorganisationen der EU-Alpenländer bekennen sich zum Prinzip einer von christlichen Grundwerten gestalteten öko-sozialen Marktwirtschaft und lehnen jedes von Neoliberalismus und Spätkapitalismus beeinflusste politische Handeln ab. Wir wollen ein „Europa der Mitte“, das den Menschen UND den Unternehmen nützt.

8) Klare Regeln für Asyl und Zuwanderung

Es ist an der Zeit, exakt zu regeln, was von Asylsuchenden oder Zuwanderern zu verlangen ist: das Bekenntnis zu unserer von christlichen Wertvorstellungen geprägten Leitkultur. Wer dies mit Kultur oder Tradition seiner ursprünglichen Heimat nicht vereinbaren kann, soll in Zukunft keinen Platz in der Europäischen Union finden. Dieses bedeutet eine Pflicht zur Integration.

9) **Die Europäische Union:**

Die EU ist Grundlage für Frieden und Wohlstand in ganz Europa. Zum Ausbau und zur Sicherung des „Friedenswerks Europa“ setzen wir uns für eine noch stärkere Demokratisierung der Europäischen Union ein. So soll das Europäische Parlament ein Gesetzesinitiativrecht erhalten, wie dies auch in anderen Parlamenten üblich ist.

10) **„Europäisches Seniorengesetz“**

Wir erwarten konkrete Schritte der EU, europaweit ein „Europäisches Seniorengesetz“ nach österreichischem Modell zu schaffen, das Seniorenorganisationen gezielt fördert und eine gesetzliche Interessenvertretung darstellt, die in allen Seniorenfragen uneingeschränkt eingebunden ist. Auch in den Parlamenten hat sich der demografische Wandel widerzuspiegeln: Es müssen mehr Seniorinnen und Senioren in die gesetzlichen Vertretungskörper, wobei nur die Leistung, nicht das Alter entscheiden darf.